

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittig in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 39

Sonntag, den 26. September

1915

## Gelbe Statistikkarten

Sind dieser Nummer des Tabak-Arbeiter beigelegt. Wir bitten dringend, die Karte pünktlich und vollständig ausgefüllt einzusenden.

Als Zähltag ist der 25. September zu nehmen. Einzufüllen sind die Karten bis spätestens den 5. Oktober 1915. Diejenigen Zahlstellen, die keine Karte erhalten haben sollten, müssen dies sofort dem Vorstand mitteilen.

Beachtet die Fragen Nr. 9 und 10 auf der vorderen Seite der Karte!

Die diesmaligen Angaben gebrauchen wir zur Bearbeitung für das Kaiserliche Statistische Amt und auch für die Generalkommission. Es darf uns also bei der Aufstellung keine Karte fehlen. Der Vorstand.

## Woran liegt's?

Es werden allerhand Versuche gemacht, die während des Krieges eingetretene Teuerung der Lebensmittel als etwas gar nicht so Ungeheuerliches erscheinen zu lassen. Stärkere Nachfrage, höhere Produktionskosten, unter denen man schon beginnt höhere Löhne aufzumarschieren zu lassen; verminderte Einfuhr; knappe Futtermittel, weitverzweigter Zwischenhandel; verminderte Transportmöglichkeiten — und was man sonst noch entdecken mag, alles das wird herhalten, die für die arbeitende Bevölkerung fast unerschwinglichen Preise für Lebensmittel zu erklären. Und bei alledem muß man zugeben, daß nie so hohe Preise bestanden haben. Man muß ferner gestehen, daß an Hauptnahrungsmitteln kein Mangel besteht, wenigstens nach der bekannten Streckung, wie z. B. an Getreide und Kartoffeln, die in diesem Jahre eine gute, letztere eine reiche Ernte aufweisen.

Sind aber Getreide und Kartoffeln ausreichend zur Ernährung des Volkes bis zur nächsten Ernte hinaus, wodurch rechtfertigen sich die ungeheuer hohen Preise? Dürfen die Preise für Brot, Fleisch und Kartoffeln auf eine schwindelhafte Höhe getrieben werden, dann ist es erklärlich, daß die Besitzer anderer Lebensmittel ebenfalls Preissteigerungen vornehmen.

Wie die Steigerung vor sich geht, zeigt an einem Beispiel der Berliner städt. Markthallendirektor Spiecker, der im „Berliner Tageblatt“ schreibt:

Sehen wir nur einmal, durch wieviel Hände ein Stück Vieh geht, ehe der Konsument von ihm ein Stück Fleisch bekommt. Ein kleiner Händler auf dem Lande kauft von dem Bauer ein Stück Vieh. Also schon die zweite Hand. Er verkauft es an einen größeren Händler, der vielleicht einen Waggon verschiedener Tiergattungen zusammenbringt, den er nach Berlin schickt. Hier erhält es der Kommissionär zur Verwertung. Von dem Kommissionär erstreckt es der Großschlächter, der es an den Ladenschlächter verkauft, von dem schließlich es an den Konsumenten kommt. Das Fleisch geht also vom Bauer bis zum Konsumenten (diese beiden nicht gerechnet) durch fünf Hände. Jeder der Vermittler verdient etwas an dem Fleisch; kommen noch hinzu die verschiedenen Frachtkosten, an denen auch noch nebenbei verdient wird, die Futter-, Schlachtkosten usw.

Hier wird die Schuld an der Preissteigerung hauptsächlich dem Zwischenhandel zugeschrieben. Es fehlt aber zur Ergänzung und Erklärung die Tatsache, daß das lebende Vieh schon von Produzenten im Preise gesteigert worden ist und daß dann erst die Steigerung durch weitere „vier Hände“ fortgesetzt wird. Die so erzeugte Teuerung läßt sich also nicht durch angeblich höhere Produktionskosten rechtfertigen. Erst recht nicht, so weit Brot und Kartoffeln in Betracht kommen.

Was tut nun die Regierung, die selbst über den Nahrungsmittelwucher sich beklagt, um ihn zu unterbinden? Die Verordnung, die ihn treffen soll, wird umgangen, wie voranzusehen war, denn bisher sind noch alle Gesetze gegen den Wucher umgangen worden. Und an dem oben gegebenen Beispiel, wie die fortgesetzte Steigerung durch „fünf Hände“ ungeheure Preise zur Folge haben muß, zeigt sich auch, daß Bestimmungen gegen den Wucher schwer anwendbar sind.

Da liegt nichts näher, als die Preissteigerung durch energischer Mittel zurückzudrängen. Bereits vor einem Jahre wurde der Regierung dringend nahe gelegt, nicht nur Höchstpreise für Getreide und Kartoffeln den Produzenten anzuerkennen, sondern auch Höchstpreise für Brot und Kartoffeln im Kleinhandel festzusetzen, eventuell eine Beschlagnahme zu veranlassen, die den Wucherern das Handwerk legt. Bezüglich der Kartoffeln schreibt der oben genannte Markthallendirektor: „Wenn Höchstpreise wieder eingeführt werden, so müßten sie sich entsprechend der Ernte in den Grenzen von 2,50 M franko Berlin bewegen. Dieser Ausschlag würde einen Ausschlag von 25 Prozent gegen normale Friedenspreise bedeuten.“

Was in aller Welt rechtfertigt aber den 25prozentigen Ausschlag, wenn infolge der reichen Kartoffelernte massenhaft Kartoffeln zur Verfügung stehen, so daß sogar ein bedeutend größerer Teil als Futtermittelsatz verwendet werden kann? Will man den Ausschlag etwa auch mit höheren Löhnen rechtfertigen? Das mag man mal versuchen; der Schwindel würde schnell aufgedeckt werden.

So weit sollte es die Regierung jedoch gar nicht kommen lassen. Für energische Eingriffe gegen die willkürliche Preissteigerung stünden ihr die tatsächlichen Verhältnisse rechtfertigend zur Seite. Sieht das Volk bereits ein, daß die Preissteigerung eine willkürliche, nur der Profit-erhöhung dienende ist, so muß das der tiefer in die Preissteigerungsblickenden Regierung ein Impuls sein, durch ihre Maßnahmen dem Volke zu zeigen, daß sie keine Mitschuld an der Teuerung trifft. Die Höchstpreise des vorigen Jahres gaben geradezu das Signal zur Steigerung aller Warenpreise. Bei Lebensmitteln fing es an, um sich dann auf Industriewaren fortzusetzen.

Im Reichstage gab die Regierung Fehlgänge zu. Wird sie nun den Ratschlägen folgen, die das Uebel im vorigen Jahre hätten verhüten können und die jetzt noch gelten? Außerdem sind noch Ratschläge von vielen Seiten hinzugekommen, hauptsächlich aus städtischen Verwaltungen, wo praktische Erfahrungen während des verfloffenen Jahres zu Maßnahmen führten, die das Verhalten der Regierung in eigentümlichem Lichte erscheinen ließen. Auch Konsumentenvereinigungen sind bereits an die Regierung herangetreten, die Zustände im kommenden Winter nicht wieder so ausarten zu lassen, daß noch stärkere Kalamitäten in der Frage der Volksernährung auftreten. Bei etwaiger Weiterführung des Krieges über den nächsten Winter hinaus könnte das von den schwerwiegendsten Folgen sein.

Sind „normale Friedenspreise“ nicht zu erzwingen — wenn genügend Hauptnahrungsmittel vorhanden sind, fähig wir nicht ein, warum — dann aber doch eine starke Herabsetzung der Preise, die auch eine Notwendigkeit für die zahlreichen Kriegerfamilien sind. Von der volkswirtschaftlichen Bedeutung einer solchen Maßregel wollen wir hierbei nicht reden, nachdem wir so oft sie klargestellt haben.

Unbestritten ist, das schreibt auch Herr Spiecker, daß zurzeit eine große Teuerung herrscht. Sie ist die Folge des Krieges; nun muß der Staat beweisen, daß er diesen Answuchs des Krieges beseitigen kann, wenn er sich des Vertrauens seiner Bürger würdig erweisen will.

Immer lauter und allgemeiner hört man die Frage: Woran liegt es eigentlich, daß nicht fest zugedrückt wird und keine Wandlung zum Besseren eintritt? Diese Frage sollte den maßgebenden Kreisen zu denken geben.

## „Im Zeichen der Freiheit.“

Trotz des „Burgfriedens“ kämpfen fortgesetzt zwei Parteienlager der Bürgerlichen gegeneinander. Diejenigen, die eine „Neuorientierung der inneren Politik“ nicht als eine bloße Phrase betrachtet wissen wollen, und jene, die seit je eine Veränderung nach der fortschrittlichen Seite scharf abweisen. Am ungenügersten verfahren dabei die Reaktionsäre, die es sogar fertig bringen, schon die Ankündigung einer Neuorientierung der inneren Politik — die bekanntlich vom Staatssekretär Dr. Delbrück ausging — als eine Störung des Burgfriedens zu bezeichnen. Für den Staatssekretär mag das keine angenehme Wahrnehmung gewesen sein und man fühlte sich versucht, seine im Namen der Regierung gegebene Absage gegenüber der durch den Reichstag vollzogenen Aenderung des Reichsvereinsgesetzes als eine Zurückhaltung vor diesem reaktionären Vorwurf zu betrachten.

Um so mehr fühlen sich die Kreise, die eine fortschrittliche Aenderung wünschen, genötigt, in der Desfinitivität Stimmung dafür zu machen und gegen die Reaktionsäre den Volkswillen auszuspielen. Soweit sie sich dabei auf die Beschlüsse des Reichstages zum Reichsvereinsgesetz beziehen, haben sie allerdings die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, speziell die Arbeiterschaft hinter sich. Ueber das jedoch, was in Zukunft weiter „neu orientiert“ werden soll, weiß noch niemand etwas zu sagen, darum jahren alle Auseinandersetzungen darüber im bürgerlichen Lager mit der Stange im Nebel herum. Allgemeine Redensarten sind dem nach freiheitlichen Zuständen trachtenden Volksmassen nicht genügend. Und meistens sind es nur leere Redensarten, die darüber gemacht werden.

In welchen Aktionen sich dabei bürgerliche Kreise bewegen, das zeigen folgende Bemerkungen, die kürzlich den „Neuen Züricher Nachrichten“ aus Deutschland veröffentlicht wurden:

„Der deutsche Reichstagler hatte in seiner kürzlichen Rede das Zeitalter nach dem Weltkriege in das Zeichen der Freiheit gestellt. Die Beschlüsse der Reichstagskommission verraten

den ernsten Willen, diese Ankündigung zur Tat werden zu lassen. Denn mit ihnen fallen die Schranken, die unfreiheitlich, zopfig und rückständig waren. Die bisherigen im Frage kommenden Bestimmungen boten nur zu oft Handhabe für willkürliche Akte von Beamten und Polizei, in bezug auf Berufsvereine hatten mehrfach die sozialdemokratischen Gewerkschaften unter ihnen zu leiden, hinsichtlich der Altersgrenze von 18 Jahren nebst sozialdemokratische auch katholische Vereine, und betreffend den Sprachenparagrafen die Polen und französisch sprechenden Lothringer. Das alles waren noch häßliche Schanden eines ewig wirthschaftlichen Polizeistaates. Ein Staat wie das Deutsche Reich hat sie zu verabschieden. Dieser Ansicht werden wohl der Reichstag und auch der deutsche Bundesrat sein, indem sie die drei Entwürfe der Reichstagskommission genehmigen.“

Eine Enttäuschung wurde dieser Auffassung bereits durch die bekannte Absage Delbrücks bereitet, daß der Bundesrat der durch den Reichstag beschlossenen Aenderung nicht beitreten werde. Diese Enttäuschung hindert aber die vertriebenen Kreise nicht, fester aufzutreten mit dem Verlangen, nach der Parole: „Im Zeichen der Freiheit“ die inneren Zustände zu gestalten. So bemerkt das Hauptblatt der badiischen Zentrumspartei, der „Badische Volksbote“, zu obigen Aeußerungen des Schweizer Blattes:

„Stimmen aus dem neutralen, uns wohlgeleiteten Auslande haben wir selber viel zu wenig beachtet. Nach dem Kriege wird das zweifellos anders werden. Wir werden auf Stimmen unserer Freunde im Auslande etwas mehr Gewicht legen, selbst dann, wenn sie sich kritisch mit uns beschäftigen, und so manchen wertvollen Fingerzeig bekommen, wie wir es nicht machen dürfen, wenn wir uns nicht unbeliebt machen wollen. Nicht forschen dürfen wir in den alten ausgefahrenen Gleisen unserer Außenpolitik. „Im Zeichen der Freiheit“, das muß nach dem Kriege das Leitmotiv unserer gesamten inneren Politik werden — auch den fremdwachen Elementen gegenüber!“

Das klingt sehr energisch; aber wir sind gewöhnt, abzuwarten, was so energische Beschwörer freierer Zustände selbst dazu tun werden, wenn erst ein Anfang mit dem Aufräumen der „Schranken“, die unfreiheitlich, zopfig und rückständig sind, gemacht wird. Viel versprechen wir uns davon nicht, und es wird wieder den Arbeitern die Hauptaufgabe zufallen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den Widerstand der Reaktionsäre zu brechen, die in Aeußerungen, wie den zitierten, bereits eine „Ankündigung des Burgfriedens“ sehen und auf die bürgerlichen Mütter, die sich dieses Hauptverbrechens schuldig machen, arg schmälen.

Für solche Politiker bedeutet der „Burgfrieden“ absolute Kirchhofsruhe; keine Aenderung der bestehenden Zustände. Ihren Zorn erregt alles, was den Anschein hat, als ob es im „Zeichen der Freiheit“ geschehen oder stehen solle. Darum ist es ganz in ihrem Interesse und erregt ihre höchste Verriedigung, wenn der Bundesrat die vom Reichstag beschlossene Aenderung des Reichsvereinsgesetzes ablehnt. Ein Zeitalter, das im Zeichen der Freiheit stehen soll, verabschieden sie jedoch im Grunde ihres reaktionären Gemüths, denn — Gemüthsmeichen sind sie.

Wie werden sie erst „im Zeichen der Freiheit“ aufmucken! —

## Die Tabakindustrie auf Wanderschaft

Selten findet man eine Industrie, die nach Ort und Gegend ihrer Betriebsamfähigkeit solche Umwälzungen durchgemacht hat und noch weiter durchmacht, wie die Tabakindustrie. In der Hauptsache ist es zunächst noch die Zigarrenindustrie, die sich immer neue Produktionsorte sucht, aber auch die Zigarettenindustrie jängt schon an, sich nach dieser Richtung hin zu betätigen, und gelegentlich mag auch wohl schon der eine oder andere Betrieb der übrigen Industrie verlegt worden sein. Bei der Zigarrenindustrie ist es am leichtesten möglich, den Betrieb zu verlegen, da nicht gerade eine spezielle Einrichtung der nötigen Gebäude und Anlagen erforderlich ist, und außerdem die Hilfsmittel und Werkzeuge sehr gering und einfach und daher leicht transportabel oder sehr bald herzustellen sind. Wenn nur die gebräuchte Arbeiterzahl, wenn auch nach und nach, zu beschaffen ist, so macht es mit der Betriebsrichtung nicht mehr viel Kopfschmerzen.

Allmählich verschwinden die Tabakarbeiter aus jenen Orten, die früher eine bedeutende Tabakindustrie hatten. Dies ist nicht nur so in den norddeutschen Städten, wo die Tabakindustrie sich bekanntlich zuerst einbürgerte, sondern überall schaffte sich insbesondere die Zigarrenindustrie neue Betriebsorte und gibt die Produktion in den größeren Orten auf, wie wir es z. B. an Minden, Rannheim-Weidelsberg, Gießen usw. sehen. Die Firmen selbst behalten ihren Sitz meistens in dem alten Orte, so daß wir eine Reihe Zentren der Tabakindustrie kennen, die aber keine oder doch nur eine völlig unbedeutende Fabrikation, und daher auch kaum Tabakarbeiter haben.

Früher wanderte die Zigarrenindustrie von den norddeutschen Hafenstädten nach dem Binnenlande, und zwar

zunächst nach den größeren Städten, da hier für neue Firmen das benötigte Absatzfeld am leichtesten zu finden war. Man produzierte nämlich zu jener Zeit noch vorwiegend für den nachbarlichen Bedarf, Großhandel und Großindustrie sind allgemein erst Erscheinungen einer späteren Zeit. Wenn jetzt die Tabakindustrie von der Großstadt in die Kleinstadt und von beiden auf das Land strebt, so geschieht das nicht mehr in der Voraussehung, nun auch dort, wo der neue Betrieb eröffnet wird, Absatz zu finden. Das Motiv zur Auswanderung und Ausbreitung der Produktionsstätten ist heute, abgesehen von der kleinsten Kleinindustrie, ein wesentlich anderes. Wenn heute Fabrikant A in Y eine Zigarrenfabrik einrichtet, so fragt er nach der Absatzmöglichkeit in Y und Umgegend überhaupt nicht, es wird dort vielleicht auch niemals eine einzige Zigarre dieser Firma verkauft werden. Großhandel und Großindustrie beruhen eben auf anderen Grundlagen als es bei dem bescheidenen Gewerbebetrieb eines Fabrikanten zu unserer Großväter Zeiten der Fall war. Heute spielt die Konkurrenz infolge der wirtschaftlichen Entwicklung eine weit größere Rolle und zwingt den Unternehmer, an eine immer weitere Verbilligung der Produktion zu denken. In vielen Industrien geschieht diese Verbilligung in der Hauptsache durch die fortwährende Vereinfachung des Produktionsmechanismus. Soweit in der Tabakindustrie eine solche Vereinfachung durch gesteigerte Entwicklung der Technik, insbesondere der maschinellen, möglich ist, wird der Zug nach dem Lande nach zurückgehalten, besonders, wenn auch die Bedienung der Maschinen nur ein Personal erfordert, das mit den geringsten Lohnsätzen zufrieden ist, wie solches sich ja auch schließlich in einer Großstadt noch findet. In der Zigarrenindustrie ist der Produktionsmechanismus so einfach, daß vorläufig eine weitere Vereinfachung und damit Verbilligung der Produktionskosten auf diesem Wege nicht gut möglich ist. So muß also der Fabrikant nach einem anderen Ausweg suchen, um die erstrebte Verbilligung seines Produkts herbeizuführen: er sucht sich eben billigere Arbeitskräfte. Und die für die Tabakindustrie billigsten Arbeitskräfte sind zu finden nicht etwa auf dem Lande schließlich, denn wir sehen, daß die Hamburger und Bremer Fabrikanten in der Umgegend Hamburgs und Bremens neue Filialen nicht errichten, sondern dort, wo das Land noch vorwiegend rein ist von industriellen Anlagen moderner Art, oder wo eine Hausindustrie oder ein Kleingewerbe am Ort oder in der Gegend im Sterben liegt. Am liebsten siedelt sich die Zigarrenindustrie dort an, wo das Kleinbauerntum vorwiegend vertreten ist. Das läßt sich deutlich genug nachweisen.

Ist aber die Triebkraft zur Verlegung der Fabrikation in einen andern Ort die Verbilligung der Löhne, so bedarf es wohl eines weiteren Beweises nicht, daß die Tabakarbeiterchaft an dieser Erscheinung stark interessiert ist, ganz abgesehen davon, daß ja jeder Einzelne heute oder morgen betroffen und wer weiß wie lange brotlos werden kann. Die Löhne der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen sind wahrhaftig gering genug, als daß sie noch eine Verminderung ertragen könnten. Wie oft ist es nicht schon vorgekommen, daß ein Fabrikant seinen Arbeitern vor die Brust sprang mit den Worten: Wenn ihr die Arbeit für den und den Preis nicht machen wollt, so verlege ich die Fabrik nach da und da hin, dort zahle ich nur poundsobiel. Heute droht ja schon jeder Fabrikant mit der Verlegung, und wenn er manchmal nur ein Duzend Arbeiter beschäftigt. Würden die Arbeiter an dem alten Fabrikationsort überhaupt in der Lage gewesen sein, zu den Bedingungen des Fabrikanten zu arbeiten, weshalb sollten sie es dann nicht auch getan haben? Der Betrieb wäre dann nicht verlegt worden.

Die Tabakarbeiterchaft in ihrer Gesamtheit muß eben alles anbieten, um die Löhne hochzuhalten und höher zu bringen. Und da muß beim letzten Wort angefangen werden! Der Krieg ist es, der uns auch wieder auf diese Frage gebracht hat. Wir sehen, wie er nicht nur überall und auf alles einwirkt, wir wissen vor allem auch seinen Einfluß auf die Lage der Tabakindustrie, sei es allgemein, sei es im einzelnen, zu würdigen. Wir sehen Dinge sich entwickeln, die für die Tabakarbeiterchaft nicht gerade förderlich sind. Dazu gehört auch die seit der flotten Geschäftsperiode sich härter zeigende Wanderlust unserer Fabrikanten. Es können zurzeit nicht genug Zigarren hergestellt werden; jeder Fabrikant sucht sich zu helfen, so gut es geht, sei es durch Ueberarbeit, durch Anlernen neuer Arbeitskräfte usw. Die Erfahrung lehrt aber auch, daß vielfach neue Betriebe eingerichtet werden, mehr als es sonst in Friedenszeiten der Fall war. Zum Teil werden neue Betriebe in Orten eingerichtet, wo bisher schon Zigarrenindustrie war, und mit einigen Arbeitern der alten Betriebe werden neue Arbeiter angelehrt, oder man geht in bisher völlig tabakfreie Orte. In sich konnte man natürlich gegen die Ausbreitung der Industrie nichts einwenden, ja, man müßte sich darüber freuen, wenn es sich nicht auch um eine Verbilligung der Arbeitslöhne handelt. Das mag jetzt in der Kriegszeit, da vor allem Ware beschafft werden soll, nicht in der Erwartung neuer Betriebsstätten auch gleichzeitig Ausflucht nach billigeren und billigen Arbeitskräften. Ist aber der Krieg vorbei und der Fabrikant sieht sich zur Einschränkung seiner Produktion genötigt, wird er selbverständlich die billigsten Produktionsstätten am ehesten aufrecht zu erhalten suchen. Die Tabakarbeiter mancher Betriebe, die heute nicht genug schaffen können, werden vielleicht nach dem Kriege auf dem Trodenen sitzen, eben weil inzwischen eine billigere Filiale gefunden worden ist. Derartige haben selbstverständlich nicht nur die Tabakarbeiter in den größeren Städten zu erwarten, sondern ebenso die ländlichen, vielleicht diese erst recht, denn in den Großstädten geht eben heute bergab mit der Tabakindustrie. Leider sind die Tabakarbeiter gerade in den kleineren Städten und auf dem Lande sehr oft schlecht oder gar nicht organisiert. Und doch ist der Verband schließlich das einzige Mittel, zu verhindern, daß man den Tabakarbeiter alles bieten kann. Gelangt es, die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen der kleinen Orte und Dörfer von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, würden

sie ihr angehören in dem Bewußtsein, sie als Waffe im Kampfe um die Existenz zu benutzen, so dürften die Fabrikanten bei Verlegung ihrer Betriebe bald die Erfahrung machen, daß sie doch nur vom Regen in die Traufe kommen und daß die Arbeiter in A schließlich nicht billiger arbeiten als die in B.

Also Organisation, Organisation und immer wieder Organisation! Und nicht zuletzt auf dem Lande, wo die Tabakindustrie so stark vertreten ist. Und gerade jetzt muß auch dort die Agitation einsetzen, soll es nach dem Kriege aufwärts gehen mit den Löhnen.

## Bewilligte Lohn- und Teurungszulagen in der Tabakindustrie.

**Hamburg.** Die Firma Friedr. Bagt erhöhte die Löhne für alle Sorten um 50 % pro Mille. Die Firma Friedr. Justus gewährte nunmehr auch ihren Zigarrensortierern eine Teurungszulage in Höhe von 1 M pro Woche. Die Firma H. O. u. O. u. A. st, die bisher nur ihren verheirateten Zigarrensortierern und den Zigarrenmachern Teurungszulagen gewährte, zahlt nun auch den Bekleberinnen und dem männlichen Bekleber Teurungszulagen. Für die ersteren beträgt sie 50 % pro Woche und für den Bekleber 1 M pro Woche.

**Wolfsbüttel.** Die Firma W. Köhler erhöhte die Löhne für zwei Sorten um 50 % pro Mille und für acht Sorten um 1 M pro Mille.

**Emmerich.** Die Firma Lensing u. v. G. ü l p e n bewilligte im Frühjahr dieses Jahres für Deckaufsetzen eine Entschädigung von 30 % pro Pfund. Die Firma hat nun, durch Verhandlung mit der Kaufleitung, eine weitere Zulage von 50 % pro Mille gemacht. Die Lohnzulage beträgt nunmehr etwa 10 Prozent. Die holländischen Arbeiter dieser Firma erhalten schon seit längerer Zeit den Lohn in holländischem Gelde voll ausgezahlt. Dadurch haben diese einen Gewinn von 2-3 M pro Mille. Die Firma Th. Joh. Klaassen machte eine fünfprozentige Zulage. Die Firma Van der A. v. bewilligte pro Mille 50 % bis 1,50 M. Die Firma Albin Palmes bewilligte 50 % pro Mille.

**Siegen.** Die Firma S. Sacher gewährte ihren Arbeitern eine fünfprozentige Teurungszulage. Die Firma Melchior Börner bewilligte den Rollern und Wickelmachern eine zehnprozentige Teurungszulage.

**Deuben u. Umg.** Die Firma C. R. Beck erhöhte die Löhne um 50 % pro Mille. Die Firma L. Meitrichner gewährte ihren Arbeitern eine fünfprozentige Teurungszulage.

**Berlin.** Die Firma Josefki bewilligte außer den früher bewilligten 5 Prozent weitere 10 resp. 5 Prozent, so daß die Lohnarbeiterinnen bis zu einem Verdienste bis einschließlich 18 M eine Zulage von 15 Prozent haben. Lohnarbeiterinnen und Arbeiter mit einem Verdienste von über 18 M bis einschließlich 25 M erhalten 10 Prozent Zulage. Die Handzigarrenarbeiter erhielten, wie feinerzeit schon berichtet, 5 Prozent. Die Firma Frey (Zigarrenfabrik) bewilligte ebenfalls 15 resp. 10 Prozent Teurungszulage.

## Kriegsgefangene Zigarrenarbeiter.

Wir teilten vor längerer Zeit mit, daß die Firma Gebrüder Pflöger in Grevin in Westfalen 12 Kriegsgefangene belgische Zigarrenarbeiter beschäftigte. Die Notiz ist auch in andere Blätter übergegangen. Die Südd. Tabakzeitung teilt nun in ihrer Nr. 104 folgende Zuschrift der Firma Gebr. Pflöger mit:

In Nr. 102 Ihrer Zeitung bringen Sie die Nachricht, daß unsere Firma seit längerer Zeit 12 Kriegsgefangene Belgier beschäftigt. Dies ist nicht den Tatsachen entsprechend. Wir beschäftigen 48 Kriegsgefangene Belgier, welche aus familiären Beziehungen der verschiedenen Korpsbezirke, in denen Belgier interniert sind, zusammengezogen sind. Nach unseren genauen Informationen sind nicht mehr gelebte Zigarrenmacher vorhanden. Es hatten sich auch 12 Franzosen gemeldet, die wir auch einige Tage hier beschäftigt hatten; wir mußten dieselben aber zum Lager zurückführen, weil dieselben keine Zigarren machen können. Zur weiteren Orientierung teilen wir Ihnen mit, daß wir den Kriegsgefangenen die selben hohen Akkordlöhne bezahlen müssen, als unseren hiesigen Zigarrenmachern. Von dem Lohn werden den Gefangenen 25 Prozent ausbezahlt und dient der Restbetrag zur Verpflegung der Gefangenen und des Wachkommandos, welches aus 5 Mann besteht. Ein etwa überschüssiger Betrag ist an die Kommandantur abzuliefern. Bislang haben wir aber keinen Ueberschuß erzielen können, haben vielmehr zulegen müssen.

Danach beschäftigt die Firma also nicht 12, sondern 48 belgische Kriegsgefangene. Uns fällt nun auf, daß die Firma Pflöger noch Geld zugelegt haben will. Der Lohn, den die Firma für die Kriegsgefangenen zahlen muß, entspricht dem, der den freien Arbeitern gezahlt wird, der allerdings nicht hoch genannt werden darf. Nun sind die belgischen Zigarrenarbeiter meistens sehr flotte Arbeiter. Wenn nun auch 25 Prozent des Verdienstes an die Gefangenen gezahlt werden müssen, so sollte man doch denken, daß die übrigen 75 Prozent des Lohnes von 48 Zigarrenarbeitern ausreichen, die Verpflegung von 53 Mann zu ermöglichen, zumal doch die Verpflegung auf den für Gefangene üblichen Kostenfuß eingerichtet sein wird, höchstens, daß die Wachmannschaft, wie auch sonst üblich, eine etwas bessere Verpflegung erhält. Schließlich handelt es sich bei dieser Verpflegung doch in der Hauptsache nur um Kost und Obdach. Wenn die Firma noch Geld zulegt, so bleibt kein anderer Schluß übrig, daß entweder die gefangenen belgischen Zigarrenarbeiter entgegen ihren Gewohnheiten als freie Arbeiter recht wenig leisten, oder ein freier deutscher Tabakarbeiter einen solch niedrigen Lohn erhält, daß er sich dafür nicht einmal eine Verpflegung leisten kann, die der Verpflegung eines Kriegsgefangenen entspricht. Die Verpflegung eines Kriegsgefangenen beschränkt sich aber auf das unbedingt zum Leben Notwendige. Da die Kriegsgefangenen Zigarrenarbeiter aber 25 Prozent des Lohnes ausgezahlt erhalten, und darin doch ein Anreiz zur höheren Leistung liegt, können wir uns nicht denken, daß sie nun so außerordentlich wenig leisten sollten. Aber vielleicht teilt die Firma der Deutlichkeit einmal mit, was denn durchschnittlich pro Kriegsgefan-

genen und pro Woche geleistet worden ist. Andernfalls wirft die Zuschrift ein bedenkliches Licht auf die Lage der Tabakarbeiter.

## Vom Burgfrieden.

Wie soll der Burgfrieden gehalten werden, wenn die gegenwärtige enorme Teuerung die Arbeiter zwingt, um einen höheren Lohn einzukommen, dieser aber durchaus berechtigter Wunsch abgelehnt wird? Solche Fälle stehen nicht vereinzelt da. Die Firma Gräff, Zigarren- und Zigarettenfabrik in Kreuznach, hatte bis August noch nicht das Geringste getan, um die ohnehin niedrigen Löhne wegen der Teuerung aufzubessern. Da wurde eine Versammlung abgehalten, welche sich mit einer Teurungszulage beschäftigte. Der Gauleiter wurde beauftragt, die Eingabe an die Firma zu richten. Acht Tage nach der Eingabe wurde folgendes in der Fabrik angeschlagen:

„Anscheinend sind einige Zigarrenmacher von außerhalb erjucht worden, um Lohnforderungen zu stellen. Die Firma hätte die Sache geprüft und müßte feststellen, daß die Löhne in der Umgegend (Hessen, Pfalz, Mosel) noch niedriger seien, als hier bei der Firma. Sie hätte schon die Jahre durch einen großen Schaden gehabt, indem sie außerhalb billiger fabrizieren lassen könnte. Sie hätte die Fabrik aber hier gelassen aus Rücksicht auf die alten Arbeiter. Den Wickelmachern würde sie 20 % pro Mille zulegen, allein bei den Rollern wäre es nicht notwendig, diese verdienen ja mehr durch Ueberarbeit.“

Allein weil die Arbeiter der Firma zuliebe und um bei der Teuerung noch etwas zu verdienen, Ueberarbeit leisten bis zu Mitternacht und Sonntags, deshalb brauchen sie keine Lohnzulage! Kann es den Arbeitern noch deutlicher gesagt werden, wie schädlich diese Ueberarbeit ist? Ueberdies wird die Gesundheit ganz sicher durch die Ueberarbeit untergraben. Und wurde nicht vor längerer Zeit ein Arbeiter entlassen, der 50 Jahre treu bei der Firma gearbeitet hatte? Wenn der Burgfrieden nur dazu dienen soll, um den Arbeitern alles aufzubürden und jeden berechtigten Wunsch abzulehnen, so ist das bezeichnend; dann sagen wir, daß solche Firmen den Burgfrieden stören. Wieder ein triftiger Grund, den Arbeitern die Organisationsnotwendigkeit vor Augen zu führen.

## Von der deutschen Tabakernte.

Da wir gegenwärtig mehr als wie in andern Jahren auf deutschen Tabak angewiesen sind, dürfte es uns angenehm sein zu hören, daß die deutsche Tabakernte im allgemeinen, trotz anfänglicher, des schlechten Wetters wegen begründeter Befürchtungen, noch recht günstig auszufallen verspricht. Hier und da haben freilich Hagel und Untwetter ihr Unheil angerichtet. Zum Teil hat man die Blätter bereits von der Pflanze abgenommen, zum Teil ist man aber in einigen Distrikten, wo man des guten Wetters wegen wartete, noch in voller Arbeit. Ob eine stärkere Wertung der deutschen Ernte für die Zigarrenfabrikation möglich ist, läßt sich zurzeit noch nicht beurteilen; immerhin wird die Zigarrenfabrikation angesichts der bedeutenden Verteuerung der holländischen Einlagetabake und der Preissteigerung doch wohl mehr als sonst genötigt sein, bei den billigeren Sorten auf den deutschen Tabak zurückzugreifen. Leider verkümmert es unsere Tabakpflanze nur zu häufig, auf Qualitätsverbesserung beim Anbau Wert zu legen. Es läßt sich denken, daß die Preise eine ziemliche Höhe erreicht haben, manchmal übersteigen sie sogar sehr weit das Maß des nach dem Produktionsaufwand Zulässigen. Werden doch Preise gefordert und gezahlt, die das Doppelte des vorigen Jahres betragen. 55, 60, 65 und 70 M zahlt man in der Rheinpfalz, in Unterbaden und Elsaß für den Zentner nachreifen Tabak. Solche Preise stehen in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten. Wie groß das gesamte Erntequantum ist und in welchem Verhältnis es zu den vorhergegangenen Jahren steht, läßt sich natürlich noch nicht übersehen; es darf aber wohl als sicher angenommen werden, daß die bebaute Fläche kleiner ist als in den letzten Jahren. Wenn die Pflanze gläubt, mit anderen Bodenerzeugnissen jetzt zur Kriegszeit ein besseres Geschäft als mit Tabak machen zu können, so zeigen die Preise, daß auch, sofern nicht Wind und Wetter dazwischen gefahren sind, der Tabak einen anständigen Kriegsgewinn bringt.

## Spende der Mindener Kriegszentrale.

Die deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten (Sitz Minden) hat, nachdem sie bereits vor einigen Monaten eine halbe Million Mark an das Rote Kreuz gab, eine weitere halbe Million Mark gespendet, und zwar diesmal für die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen gefallener Krieger.

## Serbien und die Tabakdurchfuhr.

Wie die Athener Zeitungen berichten, hat der serbische Vertreter in Athen dem Minister der öffentlichen Arbeiten erklärt, daß die serbische Regierung eingewilligt habe, die Durchfuhr des mazedonischen Tabaks, der durch Rumänien nach Deutschland gehen soll, zu erlauben. „Auf andere Art und Weise“, sagt die Zeitung „Embros“, „würde es unmöglich sein, diese Tabake nach Oesterreich und Deutschland zu transportieren, da der Weg über das Meer vollkommen geschlossen ist.“ Uns scheint diese Meinung, so sehr sie im Interesse unserer Zigarettenindustrie auch zu begrüßen wäre, etwas zweifelhaft.

## Von der Schnupftabakfabrikation in Rußland.

In der kürzlich von unseren Truppen eroberten russischen Festung Kowno befindet sich eine der größten Schnupftabakfabriken der Welt. In Kowno wird auch der von den russischen Bauern so beliebte Rauchtobak, „Mach“ u. a.

nannt, in großen Mengen hergestellt. Der Frankfurter Zeitung wird von einem Tabakfabrikanten über die Vereinerung des Schnupftabaks in dieser Fabrik und in Rußland berichtet:

Der grobe russische Tabak mit seinen oft mehr als fingerdicken Rippen wird dort, meistens durch deutsche Maschinen, geschnitten, durch Hunderte fleißiger Mädchenhände in kleine Pakete gepackt und mit der Staatsbanderole versehen. Dieser Tabak riecht gerade nicht sehr angenehm, wird aber von dem russischen Bauern, der sich nun einmal daran gewöhnt hat, allen anderen Tabaksorten, selbst der feinsten Zigarre oder Zigarette vorgezogen. Der gestiefelte Wäffler dieses Tabaks, zusammen mit dem Tabakstaub, wird mit Schnupftabak verarbeitet, den man grün färbt und pulverisiert. Dieser Tabak wird dann in großen Mengen, oft waggonweise, bis in die entferntesten Teile des russischen Reiches verschickt. Auch das Ausland, z. B. die rumänische und die griechische Tabakregie, kaufen öfters solchen russischen Schnupftabak in mehreren Waggonladungen. Die Geheimnisse der Mischung sind in jeder Fabrik andere und meistens nur dem Obermeister bekannt, welcher „Mechanik“ genannt wird. Diese Spezialisten beziehen zum Teil, je nach der Größe der Firma, sehr bedeutende Gehälter. Die größte Schnupftabakfabrik Rußlands zahlte z. B. ihrem verstorbenen Obermeister, der aber weder schreiben noch lesen konnte, ein Gehalt von 12 000 bis 15 000 Rubel jährlich. Der Mann hatte sich durch seine besondere Kenntnis des Tabaks und die Güte seines Schnupftabaks einen solchen Ruf erworben, daß ihm die großen russischen Konkurrenzfirmen noch bedeutend mehr Gehalt anboten, um ihn seiner Firma abspenstig zu machen. Er blieb ihr aber treu, und zum Dank verpflichtete sie bei seinem Tode seinen damals erst achtzehnjährigen Sohn mit einem Vermögensgehalt von 5000 Rubel als Nachfolger.

## Aus Holland.

Aus Holland wird berichtet, daß der dortige Finanzminister vor einiger Zeit angekündigt hat, daß die Kommission für die Tabaksteuer ihre Vorarbeiten beendet habe. Es ist zu erwarten, daß eine erhebliche Belastung des Tabaks eventuell eintreten kann. In Amsterdam hat eine Protestversammlung der niederländischen Zigarrenhändlervereine stattgefunden, an welcher sich eine Sachverständigenkommission, gebildet aus Zigarrenhändlern, Zigarren- und Tabakarbeitern und Agenten der Tabakbrände, beteiligte. Ein Redner der Zigarrenarbeiter betonte, daß die in Aussicht stehende Tabaksteuer allein in Amsterdam nicht weniger wie 1500—1600 Arbeiter treffen würde. Als im vergangenen Jahre durch die Organisation eine Untersuchung eingeleitet wurde, habe sich ergeben, daß die Tabakarbeiter bei einer Arbeitsdauer von 55 Stunden pro Woche 12 Gulden 20 Centz verdienen (1 Gulden = 100 Centz = 1,69 M., vor dem Kriege). Ohne Tabaksteuer verdienen sie mithin pro Stunde 24 Centz. Wohin solle es führen, wenn die neue Tabaksteuer ihren Druck ausüben werde? Seitens der Zigarrenhändler wurde darauf hingewiesen, daß in Amsterdam allein, mit Einschluß des Verkaufs in Wirtschaften, nicht weniger wie 28 000 Verkaufsstellen für Zigarren bestehen. Wenn infolge der Steuer an jeder Stelle pro Woche nur 100 Zigarren weniger verkauft werden, so würde es 2 800 000 Zigarren ausmachen. Es würden dann pro Jahr 145 Millionen Zigarren weniger produziert werden, so daß 1450 Zigarrenarbeiter brotlos würden. Es wurde beschlossen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Einführung der Steuer vorzugehen.

## Das französische Minimallohnsgesetz für Heimarbeiterinnen.

Der französische Senat hat das Minimallohnsgesetz für Heimarbeiterinnen einstimmig angenommen. Er hat jedoch daran eine Reihe von Veränderungen angebracht, die als Verbesserungen gelten können, obwohl sie den Charakter des Gesetzes selbst nicht ändern. Da die Kammer das Gesetz seinerzeit gleichfalls einstimmig angenommen hat, ist es außer Frage, daß sie den Senatstext unverändert annehmen wird und daß dieser also als definitiv betrachtet werden kann. Wir recapitulieren deshalb den Inhalt des Gesetzes nochmals, uns an die Bestimmungen des Senatstextes haltend.

Das Gesetz ist anwendbar auf „alle Arbeiterinnen, die zu Hause Arbeiten von Kleidern, Hüten, Schuhen, Wäsche jeder Art, Stickereien, Spitzen, Federn, künstlichen Blumen und jede andere Art von Arbeiten, die zur Bekleidungsindustrie gehören, ausführen“.

Das Gesetz schreibt dann genaue Kontrollbestimmungen über die Buchführung der Arbeitsausgabe, der Namen und Adressen der beschäftigten Heimarbeiterinnen, der gezahlten Löhne, der zu leistenden Zutaten, der auszuübenden Lohnlisten und der Lohnbücher vor, und zwar sowohl den Fabrikanten wie allen Mittelpersonen. „Die Arbeitslöhne müssen derart sein, . . . daß sie einer Arbeiterin von mittelmäßiger Geschicklichkeit ermöglichen, in zehn Stunden einen Lohn zu verdienen, der gleich einem festgesetzten Minimum ist.“

Diese Minimallohne werden von paritätisch zusammengesetzten Kommissionen — Arbeiträten oder besonderen Berufscommissionen — bestimmt, und zwar auf Grund der in den Werkstätten gezahlten Durchschnittslöhne der gleichen, oder, wo nur Hausarbeit besteht, verwandter Berufe. Alle drei Jahre muß eine Revision des Minimallohnes vorgenommen werden.

Unter den gleichen Bedingungen wird, sei es auf Verlangen der Regierung oder einer Berufsorganisation, ein Tarif ausgearbeitet, der die durchschnittliche Zeitdauer für die Ausführung der verschiedenen Arbeiten nach Stunden bemißt. Diese Tarife werden bei Aufstellung der Minimallohne als Grundlage genommen. Bei gewerblichen Streitigkeiten wie bei Gerichtsverhandlungen wegen Vergehen gegen das Gesetz wird auf Grund dieser Tarife und Minimallohne entschieden. Gegen die Tariffrage, wie gegen die Minimallohne kann innerhalb von drei Monaten bei einer paritätischen Zentralcommission appelliert werden, und zwar von den Regierungsorganen, den Interessenten oder einer Berufsorganisation.

Zur Erhebung gerichtlicher Klage wegen Nichtbeachtung des Gesetzes sind außer den Interessenten und den Regierungsorganen noch berechtigt Körperschaften, die von der Regierung autorisiert sind (zum Beispiel Heim-

arbeiterschützkommissionen) und Berufsvereine, auch wenn diese nur aus Werkstubenarbeitern zusammengesetzt sind und ohne daß sie den Nachweis zu liefern brauchen, daß ihre Mitglieder geschädigt worden sind. Heimarbeiter, die niedrigere Löhne als die für Heimarbeiterinnen festgesetzten erhalten, können die Anwendung dieser Tarife für sich verlangen. Für jede sachliche Nichtbeachtung des Gesetzes ist eine Geldstrafe von 5 bis 15 Frank bis zu einer Gesamtsumme von 500 Frank und im Wiederholungsfall von 15 bis 100 Frank bis zu einer Gesamtsumme von 3000 Frank vorgesehen. Auf Antrag des Arbeitsministers und nach Anhörung des Obersten Arbeiterrates kann durch Dekret des Staatsrates das Gesetz auch auf andere Berufe ausgedehnt werden.

Man vergleiche damit die Bestimmungen unseres Hausarbeitgesetzes und den Widerstand, den die Unternehmer der Tabakindustrie der Einführung der Sachauschüsse, die gewiß keine besonderen Machtbefugnisse haben, entgegensetzten.

## Die deutschen Gewerkschaften nach dem Weltkriege.

Der zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Genosse Bauer, sprach in einer Versammlung der organisierten Gemeinde- und Staatsarbeiter über „Die deutschen Arbeiter nach dem Weltkriege“.

Der Redner ging davon aus, daß die Interessengegenstände ebenso lange fortbestehen werden, als die kapitalistische Produktionsweise. Darum könne heute auch niemand entscheiden, ob die Stellung von Staat und Gesellschaft zu den Gewerkschaften, wie sie während des Krieges eingenommen wird, auch immer so bleiben werde. Alle Befürchtungen, daß unsere Arbeiterbewegung schließlich versumpfen könnte, sind unberechtigt und unhaltbar, die Erkenntnis der bestehenden Interessengegenstände ist dazu viel zu tief eingewurzelt in den Köpfen der deutschen Arbeiter.

Trotz der schärfsten Verfolgungen unter dem Ausnahmegesetz und unter dem gemeinen Recht, gegen die noch der Münchener Gewerkschaftskongress im Juni 1914 auf das schärfste protestierte, brachten es die Gewerkschaften in den zweieinhalb Jahrzehnten seit dem Fall des Sozialistengesetzes von einer Viertel Million auf 2 548 000 Mitglieder, auf Jahreseinnahmen von 82 Millionen und auf ein Vermögen von 88 Millionen. Der Umschwung in der Beurteilung unserer „ganz besonders staatsgefährlichen“ Gewerkschaften ist darauf zurückzuführen, daß Regierung und Bürgerum die Nichtigkeit der scharfmacheischen Heße erkannt, die den Gewerkschaften angedichtet hatte, statt der Besserung der Arbeitsbedingungen auf legalem Wege danach zu streben, den Staat zu geeigneter Zeit, z. B. bei einem Kriege, in Verlegenheit zu bringen. Wenn wir uns gegen diese Behauptungen wandten, hat man uns nicht geglaubt. Heute hat man bis auf wenige Scharfmacher, von denen Herr Kirdorf sogar während des Krieges hervortrat, sich eines Besseren überzeugt. Heute werden die Gewerkschaften von Regierung und Verwaltung nicht nur durchaus loyal behandelt, sondern es sind auf ihr Betreiben auch Maßnahmen getroffen worden, die allen unseren Anforderungen entsprachen, so zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Regelung der Arbeitszeit, zum Schutz der Tarifverträge. Wenn wir später erst näheres darüber berichten können, dann wird man insbesondere das weitgehende soziale Entgegenkommen des Kriegsministeriums erkennen. Wenn hier und da z. B. in der Heimindustrie (Konfektion), wo der Arbeiter 75 Prozent des bezahlten Preises erhalten soll, diese Anordnungen noch nicht voll durchgeführt sind, so liegt das zumeist an den Arbeitern, die noch der Organisation entbehren. (Sehr richtig!) Wir haben auch durchgesetzt, daß Kriegsgefangene in der Industrie nur beschäftigt werden, wenn die Zentrale der Arbeitsnachweise mit den Gewerkschaften festgestellt hat, daß freie Arbeiter nicht verfügbar sind. Kriegsgefangene Professionsisten müssen den gleichen Lohn wie freie Arbeiter erhalten (wovon allerdings der größte Teil an die Militärverwaltung geht), damit nicht etwa die Kriegsgefangenen als billige Ersatzleute in Betracht kommen.

Die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften, die Anfang September v. J. noch 370 000 Mitglieder = 21,2 Prozent betrug, ist bis Ende August d. J. auf 30 000 = 2,6 Prozent zurückgegangen. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte im Kriegsjahre 21½ Millionen Mark, während die höchste Unterstützungssumme in den Krisenjahren 1908/10 9 Millionen betragen hatte. Weitere 1½ Millionen wurden an die Familien der Kriegsteilnehmer gezahlt, was gewiß die Treue und Liebe für die Gewerkschaftsorganisation belegen und dazu beitragen wird, daß diejenigen, die draußen für uns kämpfen, später bei ihrer Rückkehr treue Anhänger der Organisation bleiben werden. Die ganze stille Arbeit der Gewerkschaften wird erst nach dem Kriege besprochen werden können. Auf unser Betreiben hat die Regierung 400 Millionen zur Unterstützung der Kriegerkassen, der Arbeitslosen und der Wöchnerinnen bereitgestellt. Die segensreiche Wöchnerinnenfürsorge ist auf unser Verlangen eingeführt worden. Leider hat man unsere rechtzeitig erstatteten Vorschläge zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers nicht genügend befolgt.

Selbst im Kriege konnten die deutschen Gewerkschaften noch ¼ Million Neuaufnahmen verzeichnen (Hört, hört!), was uns bestimmt hoffen läßt, entgegen unseren anfänglichen Befürchtungen, die Gewerkschaften in ungeschwächter Kraft zu erhalten. So sehr wir wünschen, daß dem Kriege möglichst bald ein Ende gemacht werde, müssen wir leider doch sehen, daß in allen Feindesländern immer noch die Auffassung herrscht, die Zeit werde Deutschland erschöpfen. Infolgedessen müssen wir leider noch mit einer erheblichen Verlängerung des Krieges rechnen. Die Uebergangsperiode nach seiner Beendigung wird an uns sehr schwere Anforderungen stellen. Es muß dem vor-

gebengt werden, daß die so zahlreichen Kriegsbeschädigten zu Lohnbrüdern werden, aus gewerkschaftlichen und allgemein menschlichen Interessen müssen wir für diese Arbeitsbrüder eintreten. Die Reichsregierung hat wenn auch nicht im ganzen Umfang, die hierfür erstatteten Organisationsvorschläge der Gewerkschaften verwirklicht. Bevor die heimkehrenden Krieger wieder Arbeit finden und die Industrie in den Friedensstand zurückkehrt, wird längere Zeit vergehen müssen, während der nicht nur die Familienunterstützung weitergezahlt, sondern auch die entlassenen Soldaten in dieser zwar unfreiwilligen, aber sehr angebrachten Erholungszeit unterstützt werden müssen.

Wenn Deutschland einen auch nur halbwegs günstigen Frieden schließt, wenn es unseren Gegnern nicht gelingt, uns entwürdigende Bedingungen aufzuerlegen und uns vom Weltmarkt abzusperrern, dann brauchen wir über unsere zukünftige wirtschaftliche Entwicklung nicht pessimistisch zu denken. Zunächst wird die Industrie reichlich für den Inlandsbedarf zu arbeiten haben, sobald die nötigen Rohstoffe da sind. Bei einem günstigen Friedensschluß wird es der deutschen Industrie auch nicht schwer werden, sich die alten Absatzgebiete wieder zu erobern. Dafür bürgt ihre und der deutschen Arbeiter Tüchtigkeit. Voraussetzung ist natürlich, daß auch Deutschland nicht, wie es unverständlicherweise selbst von großen Unternehmerverbänden verlangt wird, etwa dazu übergeht, den Wirtschaftskrieg gegen die anderen fortzuführen. (Zustimmung.) Auf offenem Markte braucht uns um unsere Konkurrenzfähigkeit nicht bange zu sein. Zu der Festlegung unserer wirtschaftlichen Zukunft müssen aber selbstverständlich auch die Gewerkschaften hinzugezogen werden, wenn die jetzt betonte Gleichberechtigung nicht inhaltslos sein soll. (Lebhafte Zustimmung.) Die alte Art der Bekämpfung der Gewerkschaften würde von der öffentlichen Meinung nach dem Kriege nicht zu geben werden. Der Vizekanzler Delbrück hat in umfassendster Weise die Nützlichkeit, ja Unentbehrlichkeit der Gewerkschaften anerkannt.

Wäre Deutschland von seinen Feinden niedergeworfen worden, so hätte das die deutsche Arbeiterklasse am schwersten getroffen. Wir können die endliche Befreiung des Volkes von den Zuständen, die nach unserer Ueberzeugung überwunden werden müssen, nur durch den Kampf innerhalb unserer Nation, innerhalb der freien und selbständigen Nation erreichen. Wie sollte etwa ein Aufsteigen der Arbeiterklasse unter russischem Joch möglich sein! Wir sind auch im Kriege die alten geblieben — geändert hat sich die Meinung der Regierung. Man hat sich allgemein der demokratischen Auffassung genähert, daß das Einzelinteresse zurücktreten muß gegenüber dem allgemeinen.

Genosse Bauer wandte sich dann in längeren scharfen Ausführungen gegen die Treibereien der Katastrophentheoretiker und gewisser Literaten und Phrasenreiter, die selbst vor der nichtswürdigen Verleumdung nicht zurückschrecken, daß die Leitungen der deutschen Gewerkschaften mit der Reichsregierung darüber verhandeln, nach dem Kriege die Gewerkschaften in eine Art staatlicher Organisation unter Regierungsaufsicht etwa nach Art der Krankenkassen umzubilden. Die öffentliche Aufforderung der Generalkommission an den Genossen Lipinski (Leipzig), der diese Behauptung aufgestellt hat, seine Gewährsmänner zu nennen, widrigenfalls er als ein böswilliger Verleumder oder als ein Idiot betrachtet werden müßte, blieb bisher unbeantwortet. Selbstverständlich ist an dieser unsinnigen Behauptung in keiner Beziehung auch nur ein wahres Wort. Geradezu als Verräter an der Arbeiterklasse müssen diejenigen angesehen werden, die die Ueberzeugung von der nach diesem beispiellosen Kriege selbstverständlichen Durchführung der vollen Gleichberechtigung im Volke zu erschüttern suchen. Unsere Erfahrungen zeigen genugsam, daß der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft noch lange Zeit hat. Nicht auf ihn haben wir zu warten, sondern unablässig und Schritt für Schritt zu kämpfen, um das zu erringen, was wir zu fordern als Menschen berechtigt sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sehen, wie der Staat und die Kommunen dem Sozialismus mehr und mehr Konzessionen machen müssen. Für die gewaltigen Aufgaben der Zukunft bedürfen wir der Einigkeit, Geschlossenheit und starker Organisationen, die von dem Geiste der Kampfesfreudigkeit und dem Kampfeswillen erfüllt sind, um energische Vorstöße für weitere Rechte, für ständige Verbesserung der Lebenshaltung, der Arbeitsbedingungen und Hebung des Kulturniveaus des arbeitenden Volkes führen zu können. Die von gewisser Seite betriebene Erschütterung des Vertrauens der organisierten Arbeiter zu ihren selbstgewählten Führern ist mit diesem uns notwendigen Geiste unvereinbar. Wir selbst sind unseres Glückes Schmiech. Mit Opferfreudigkeit, Hingabe und unbegrenztem Willen zum Kampf für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft vorwärts und aufwärts! (Lebhafte Beifall.)

**Eckstein**  
Zigaretten  
Einzig in Qualität  
Trusffrei  
A-MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

**Verbandsteil.  
Deutscher Tabakarbeiter-Verband.**

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6048. —  
Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.  
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Selbst-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, Postfach Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.  
Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Niendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Für den Ausichung bestimmte Zuschriften sind an Emil Ellen, Altona-Ottensen, Friederstraße 46, I, zu adressieren.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. B. = Verbandsbeiträge, A. = Annoncen.  
11. September: Dahme B. 400.—, Berlin B. 300.—, Finsterwalde B. 300.—, 12. Stuttgart B. 150.—, Lungenau B. 100.—, Sahlert B. 30.—, Wittweida B. 60.—, Lodenstein B. 50.—, 13. Eilenburg B. 150.—, 14. Breslau B. 300.—, 15. Götting B. 300.—, 16. Siegen B. 100.—, Uetersen B. 70.—, Bries B. 140.—, Gadersleben B. 50.—, Frankfurt a. M. B. 100.—, Striegau B. 150.—, Wredstebitz B. 60.—, 15. Wannheim B. 200.—, Götting B. 180.—, Salzgungen B. 50.—, Baunzen B. 100.—, 16. Bremen B. 250.—

Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle überflüssigen Gelder umgehend einzusenden.  
Bremen, den 20. September 1915. W. Nieder-Welland.

**Adressen-Änderungen.**  
Köln (A): 1. Pav. Mathias Schnicklerath, Köln-Nippes, Am Rhein, Gellerstraße 5 III.

**Arbeitsmarkt.**  
Stellenangebote.  
Einige Sortierer oder Sortierinnen und einige Zigarrenmacher nach Köln. Nachfragen: Bauarbeitsnachweis Herford bei W. H. Schüller, Ginterstraße 59 II.  
Einige tüchtige Sortierer bei guten Arbeitslöhnen nach Dresden, Würzen und Franzenberg. Nachfragen: Arbeitsnachweis für Sortierer in Sachsen bei Max Bernhardt, Dresden-Pilschen, Braunschweigstraße 8 III.  
Zwei Zigarrenmacher, wovon einer auch sortieren kann, nach Eisleben. Nachfragen: Bauarbeitsnachweis Herrmann Schmidt, Nordhausen, Wolfstraße 14.  
Der Verbandsvorstand.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.**  
Vorstand: Hamburg 21, Morzarstr. 5. Aufsichtsrat: O. Sidow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22.  
Bilanz für das 2. Quartal 1915.  
Einnahme: Bestand vom 31. März 160 200.86 M., Einnahme 23 291.13 M., Zufammen 183 491.99 M., Ausgabe: 21 154.17 M., Passivbestand 162 337.82 M.  
Hamburg, den 20. September 1915. P. Otto.

**Zugtreiber-Versammlungen.**  
Eckenburg: Sonnabend, 2. Okt., im Gasthaus Zur Laube. L. D. wird dort bekannt gegeben.

**Gestorben:**  
Gefallen am 2. August der Zigarrenarbeiter Johann Hockmühl aus Kreuzburg, 41 Jahre alt (Zahlsstelle Spremberg).  
Gefallen am 7. August in Russland der Sortierer Heinrich Pödelers aus Lübeck, 25 Jahre alt (Zahlsstelle Lübeck).  
Gefallen am 20. August bei einem Sturmangriff der Zigarrenarbeiter Martin Horn aus Altona, 33 Jahre alt (Zahlsstelle Hamburg-Altona).  
Gefallen am 27. August im Westen der Sortierer Hermann Händler, 33 Jahre alt (Zahlsstelle Dranienbaum).  
Seiner Verwundung, welche er auf dem östlichen Kriegsschauplatz erhielt, erlag der Zigarrenarbeiter Richard Platow aus Nordhausen, 20 Jahre alt (Zahlsstelle Nordhausen).  
Am 14. September starb zu Verden der Zigarrenarbeiter Heinrich Rehler aus Verden, 32 Jahre alt.  
Am 15. September starb zu Altona-Ottensen der Zigarrenarbeiter Anton Gundersen aus Moss-Norge, 60 Jahre alt.  
Obere ihrem Andenken!



Ich bediene Sie  
**Reell, Billig u. Gut!**  
Machen Sie einen Versuch und fordern Sie zunächst kostenlose Offerte oder illustrierte Preisliste von der  
**Ersten Spezial-Fabrik für Zigarrenfabrik-Utensilien**  
**W. Hermann Müller**  
Berlin O 27  
Magazinstraße 14

**Jacob Hirsch jr.**  
Mannheim B 1, 9. [10  
Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft

**Hengloss & Maak**  
Altona-Ottensen  
Sumatra-Blatt, Vollblatt 1.50, 1.60, 1.70, 1.80 und 2 M.  
Java-Blatt, Vollblatt 1.40, 1.50, 1.60 bis 2 M.  
Brasil-Blatt und Einlage 1.60, 1.70, 1.80, 1.90 u. 2 M.  
Carmen 1.50, 1.80. Havana, lose Blätter 1.80 M. verzollt mit 2% Skonto.

**Carl Roland, Berlin SO**  
Kottbuserstrasse 4  
Zur Herstellung von 1000 Stück feiner, schneeweiß brennender Zigarren offeriere ich:  
1 1/2 Pfd. Sumatra-Vollbl. 3. Länge, hell u. reinfarbig à 3.20 = 4.80 M.  
4 Pfd. Java-Blatt, Vollbl., Kottler Brand, à 1.70 = 6.80 „  
7 Pfd. Märker, 1913er Ware à 1.10 = 7.70 „  
19.30 M.  
ab 3% Skonto 18.70 M.

**Achtung! Achtung!**  
Dem Kollegen  
**Hermann Knick**  
zurzeit im Felde, nebst seiner Braut  
**Frl. Agnes Quaes**  
zu ihrer stattgefundenen Verlobung  
die besten Glückwünsche  
Die Kollegen u. Kolleginnen der  
Firma F. A. Trüschel, Lübben II.

**Hermeking & Boy**  
Berlin N., Brunnenstrasse 163  
bieten als ganz besonders billig an:  
**Sumatra-Decken**  
Vollblatt, helle, schöne Farben, sehr grosse Deckkraft, 3te Länge 225 M.  
2. Länge Vollblatt, feine helle Farben, große Deckkraft, vorzüglicher Brand, nur 300 M., hell mattfarbig 350 M., 550 M., hell Sandblatt 550 M., hell feinfarbig, edel 550 M., Vorstienland-Decken, Vollbl., 225 u. 300 M., Java-Umblatt à 170, 180, 190, 200 M., Java-Einl. m. Umbl. à 145, 150, 165 M., Carmen, Blatt, à 150, 170 M., Brasil, St. Felix à 190, 225.  
Preise per 1/2 kg verzollt mit 3% Vergütung.  
Versand unter Nachnahme.

**Leon Weil, Speyer**  
Rohtabake, gegr. 1852  
Altbewährte Bezugsquelle für alle in- u. ausländ. Tabaksorten zu billigsten Marktpreisen. Zweimal tägl. Postversand (Nachn.).  
Spezialofferte: Javadeck, Spada, M 2.30 p. 1/2 Ko. verz. sehr ergiebige 2. Vollbl., vorzügl. in Brand u. Geschmack. Sumatradeck: P. v. d. A., M 2.50, schneew. Brand, 3. Vollbl., allgemein beliebtes, sehr vorteilhaftes Deckmaterial.

**L. Cohn & Co.**  
Berlin N, Brunnenstrasse 24  
Gegründet 1870  
**Rohtabake** Gegründet 1870  
Grösste und älteste Spezialfabrik für vollständige Einrichtungen für Zigarrenfabriken  
Soeben erschien:  
**Unser Modellbogen 208 über gebrauchte Formen**  
Zusendung sofort kostenlos  
Deutschlands grösstes Zigarrenwickelformenlager. Jede Form sofort in neu und gebraucht am Lager  
Unsere Liste 24 enthält sämtliche Einrichtungsgegenstände für Zigarrenfabriken

**Drucksachen** liefert schnell und billigst  
**J. S. Schmalefeldt & Co.**  
Bremen.

**Soeben erschien der neue Rohtabak-Katalog September 1915**  
**:: Verlangen Sie sofort Frankozusendung ::**  
Die hervorragende Preiswürdigkeit und die besondere Reichhaltigkeit der Angebote machen meinen Katalog zum  
**wertvollsten Berater bei Einkäufen**  
Bestellen Sie bei jedem Bedarf Muster meiner Angebote!  
Die Grosszügigkeit meiner Einkäufe macht es mir stets möglich, Sie besonders preiswert zu bedienen.  
Bestellen Sie in Ihrem eigenen Interesse schnellstens Muster!  
**Heinrich Franck, Berlin N 54**  
Rohtabakhandlung Brunnenstrasse 22 Alle Bedarfsgegenstände für Zigarrengeschäfte

**Gebrauchte Wickelformen**  
alle erdenklichen Fassons  
in Riesenauswahl am Lager.  
Fordern Sie Musterbogen!